



Home oder Office?

Mobiles Arbeiten. Auch wenn das Homeoffice seit Anfang Juli nicht mehr vorgeschrieben ist, geht die Diskussion darüber weiter: Während diese Arbeitsform bei den Beschäftigten immer beliebter wird, birgt sie für so manches Unternehmen durchaus Risiken. Über das Für und Wider streiten – ein Novum im iwd – zwei Wissenschaftler aus ein und demselben Haus: IW-Direktor Michael Hüther und der Leiter des Kompetenzfelds Finanzmärkte und Immobilienmärkte, Michael Voigtländer. —> [Seiten 2-5](#)

Bürgerversicherung

Eine Bürgerversicherung wäre keineswegs solidarischer als die heutige gesetzliche Krankenversicherung – und könnte auch die demografischen Probleme nicht lösen.

—> [Seiten 10-12](#)

Unternehmen

Die Firmen in Deutschland müssen mit vielen Geschäftsrisiken umgehen. Ein gutes Risikomanagement ist ebenso gefragt wie geeignete staatliche Rahmenbedingungen.

—> [Seiten 13-15](#)

Hybrid ist das neue Normal

Mobiles Arbeiten. Seit dem 1. Juli ist die Pflicht zum Homeoffice aufgehoben. Doch angesichts der guten Erfahrungen mit dieser Arbeitsform prüfen viele Unternehmen in Deutschland nun, welche Chancen und Risiken es mit sich bringt, wenn ihre Beschäftigten auch künftig mehr mobil arbeiten.

Das gelegentliche Arbeiten von zu Hause aus ist zumindest für einen kleinen Teil der Erwerbstätigen schon lange gängige Praxis und hat in den vergangenen Jahren – bereits vor Corona – weiter zugenommen: Laut Statistischem Bundesamt arbeiteten 2019 insgesamt 13 Prozent aller Erwerbstätigen von zu Hause – 7 Prozent taten dies gelegentlich und 6 Prozent verbrachten mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Homeoffice. Logischerweise variierten die Quoten stark, denn in einigen Berufen herrscht nun einmal Anwesenheitspflicht: So praktizierten 2019 nur 1,5 Prozent der Anlagen- und Maschinenbediener sowie 1,6 Prozent der Hilfsarbeitskräfte diese Arbeitsform, während 34 Prozent aller Wissenschaftler und 30 Prozent der Führungskräfte zumindest gelegentlich im Homeoffice arbeiteten.

Laut dem vom IW erstellten Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit boten im Jahr 2015 rund 16 Pro-

zent der Firmen in Deutschland Telearbeit an, 2018 waren es bereits 22 Prozent. Telearbeit hat der Staat 2016 als fest eingerichtete Arbeitsstätten im Privatbereich des Beschäftigten definiert. Mobiles Arbeiten, also jene Form, bei der die Beschäftigten an beliebigen Orten tätig sind, war 2018 sogar schon in 43 Prozent der Firmen üblich.

Bedingt durch den Zwang, das Pandemie-Präventionsprinzip „Wir bleiben zu Hause“ umzusetzen, haben während der Corona-Krise viele Betriebe auf das Arbeiten von zu Hause aus umgestellt, sofern die Aufgaben, die Technik, der Datenschutz und die Datensicherheit dies ermöglichten:

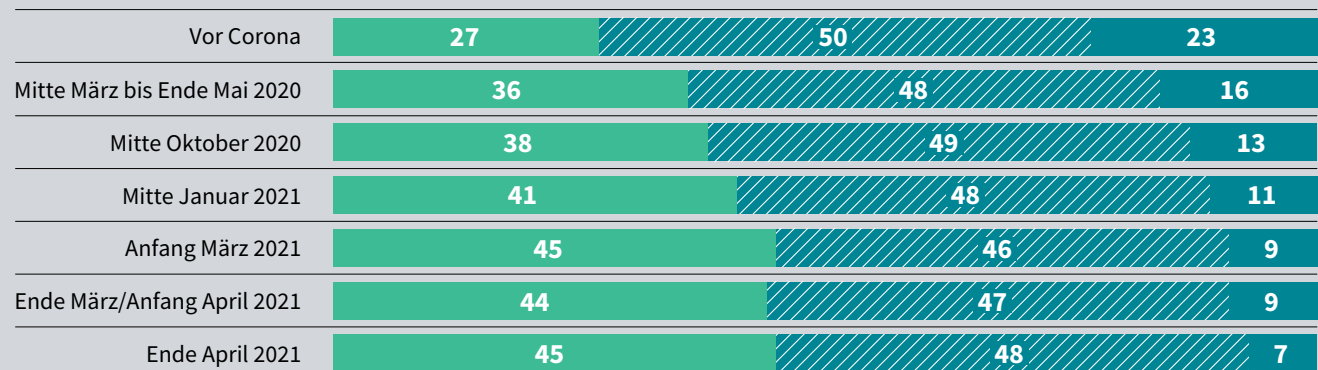
Gut 40 Prozent der Beschäftigten haben während der Pandemie in Deutschland zumindest gelegentlich im Homeoffice gearbeitet.

Einer Befragung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Homeoffice in Deutschland: Durch Corona selbstverständlicher

So viel Prozent der Beschäftigten in Unternehmen, die Homeoffice anbieten, konnten ...

■ ... Homeoffice nutzen ▨ ... aufgrund ihrer Tätigkeit kein Homeoffice nutzen
■ ... kein Homeoffice nutzen, obwohl es die Tätigkeit zuließe



Befragung von 963 bis 1.263 Unternehmen

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
© 2021 IW Medien / iwd

zufolge gab es in den Niederlanden, in Belgien und Finnland mit jeweils fast 60 Prozent die höchsten Homeoffice-Quoten, in Griechenland, Tschechien und Kroatien mit 21 bis 31 Prozent die niedrigsten. Der EU-27-Durchschnitt lag bei 44 Prozent.

Homeoffice, definiert als zeitweiliges mobiles Arbeiten im Privatbereich mit elektronischen oder nicht elektronischen Arbeitsmitteln nach vorheriger Abstimmung mit dem Arbeitgeber, ist laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) für rund die Hälfte der Beschäftigten aufgrund ihrer Tätigkeit nicht möglich. Das war auch vor Corona schon so.

Dagegen hat sich der Anteil jener Beschäftigten, die kein Homeoffice praktizieren, obwohl es ihre Aufgaben zulassen würden, stark verringert (Grafik Seite 2):

Vor Corona konnten 23 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen, die Homeoffice anboten, diese Möglichkeit trotz geeigneter Tätigkeit nicht nutzen – Ende April 2021 waren es nur noch 7 Prozent.

Der Grund für diese Entwicklung liegt einerseits darin, dass die Bundesregierung das Homeoffice zunächst empfohlen und mit Einführung der Corona-Notbremse 2021 gesetzlich verankert hat. Andererseits stellen immer mehr Unternehmen fest, dass die mobile Arbeitsform besser funktioniert als ursprünglich gedacht – gleichwohl gibt es nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile:

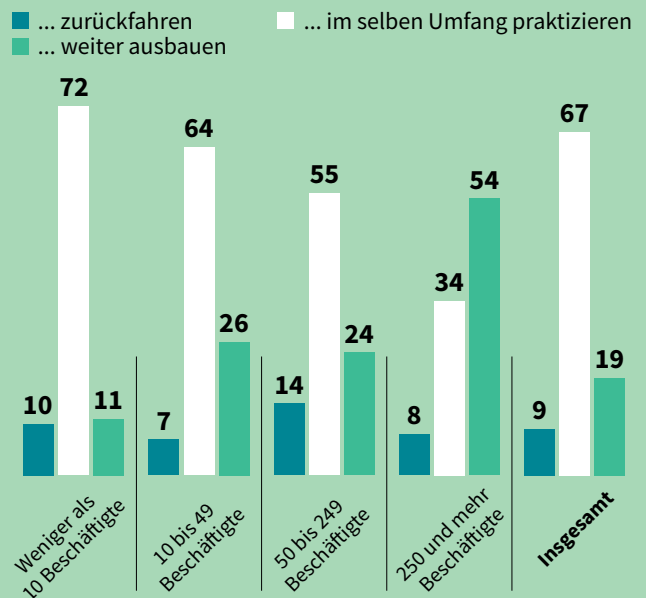
Die Chancen. Für die meisten Betriebe und Beschäftigten stehen neben dem Pandemie-Schutz immer noch die Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie/ Ehrenamt/Freizeit als großer Vorteil im Vordergrund, weil das Arbeiten von zu Hause aus – je nach Anforderung an die Erreichbarkeit – eine hohe Zeitsouveränität bietet. Aber auch das Einsparen von Pendelzeit und der geringere CO₂-Ausstoß durch weniger Autofahrten sind wichtige Aspekte für Betriebe und Beschäftigte. Und nicht zuletzt erhöht Homeoffice die Zufriedenheit der Mitarbeiter und macht die Unternehmen zu attraktiven Arbeitgebern.

Die Risiken. Nicht unterschätzt werden darf, dass das mobile Arbeiten die Cyberkriminalität erhöht. Rund 8 Prozent der Unternehmen gaben bei einer Befragung im Herbst 2020 an, dass sie sich während der Corona-Krise mit Cyberattacken auseinandersetzen mussten. Großunternehmen waren mit 24 Prozent dreimal so häufig von Angriffen betroffen. Etwa ein Viertel der betroffenen Unternehmen erlitt durch diese Angriffe existenzbedrohende oder sehr schwere Schäden.

Die Zukunft. Was früher alternierende Telearbeit hieß, nämlich der Wechsel von Arbeiten im Büro und von zu Hause aus, nennt sich heute hybride Arbeitsorganisation, also ein Mix von Präsenzarbeit und Homeoffice. Und dies scheint sich aufgrund der notwendigen Flexibilisie-

Homeoffice: Eher mehr als weniger

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, bei denen das Arbeiten von zu Hause aus grundsätzlich möglich ist, wollen das Homeoffice nach der Corona-Krise ...



Befragung von 1.093 Betrieben im Oktober 2020;
Rest zu 100 Prozent: noch keine Entscheidung getroffen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin,
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

rung als die neue Normalität der Nach-Corona-Ära herauszustellen. Darauf weisen verschiedene Studien hin, beispielsweise die Covid-19-Betriebsbefragung vom IAB und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Grafik):

Gut zwei Drittel der Betriebe, in denen Homeoffice grundsätzlich möglich ist, wollen Homeoffice nach der Krise im selben Umfang fortsetzen.

Knapp ein Fünftel der Betriebe will die Arbeit von zu Hause aus weiter ausbauen und nur 9 Prozent geben an, das Ausmaß reduzieren zu wollen. Als Gründe für den weiteren Ausbau nennen jeweils 73 Prozent der Betriebe die Flexibilität für ihre Beschäftigten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; 54 Prozent hoffen, dadurch ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen. Rund 7 Prozent der Unternehmen wollen durchs Homeoffice Bürofläche einsparen.

Bei den Gründen, die aus Sicht der Unternehmen gegen einen Ausbau des mobilen Arbeitens sprechen, stehen die mangelnde Eignung der Tätigkeiten (63 Prozent), erschwerte Zusammenarbeit (55 Prozent), fehlende technische Ausstattung (30 Prozent) und der Datenschutz (24 Prozent) ganz oben.

Mehr Homeoffice wagen?

„Ja“,



sagt **Michael Voigtländer**,

Leiter des Kompetenzfelds Finanzmärkte und Immobilienmärkte im IW

Die verschiedenen Lockdowns im vergangenen und in diesem Jahr zwangen Unternehmen zu einem großen sozialen Experiment: Statt vom Büro aus musste ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten. Und das für viele überraschende Ergebnis: Es hat funktioniert. Einige Branchen berichten sogar von Produktivitätsgewinnen, in anderen gab es zumindest keine signifikanten Verschlechterungen.

Wie geht man nun mit diesen Erfahrungen um? Gezeigt hat sich, dass mobiles Arbeiten bei einer ganzen Reihe von Tätigkeiten gut funktioniert, viele Mitarbeiter berichten, dass sie zu Hause konzentrierter arbeiten können. Wieder andere Beschäftigte lehnen das Homeoffice grundsätzlich ab. Es spricht daher viel dafür, einen bunten Mix an Arbeitsmöglichkeiten zuzulassen.

Das Büro wird für viele Mitarbeiter ein zentraler Arbeitsort bleiben und für alle direkte Kommunikationsmöglichkeiten bieten – zumal die wenigsten dauerhaft auf den persönlichen Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen verzichten wollen. Ein ausschließliches Homeoffice wird daher die Ausnahme bleiben. Doch nun wieder all jene vollzählig ins Büro zu zwingen, die gut und produktiv zu Hause arbeiten, kann Motivation und auch Produktivität kosten.

Nicht zuletzt ist für viele das Homeoffice eine Erleichterung, weil sie sich so zumindest an einigen Tagen das Pendeln sparen – Zeit, die sie auch für Mehrarbeit nutzen. So verschieden wie die Menschen sind, so unterschiedlich sind letztlich auch die Rahmenbedingungen, die sie benötigen, um bestmöglich zu

arbeiten. Dieses Produktivitätspotenzial sollte nicht unbeachtet bleiben.

Natürlich stellt mehr mobiles Arbeiten die Unternehmen vor Herausforderungen: Wenn ein Teil der Beschäftigten künftig zwei, drei oder sogar noch mehr Tage zu Hause arbeitet, müssen Bürobelegungen besser geplant, Meetings verbindlicher festgelegt und Führung neu gedacht werden. Auch der Erhalt der Corporate Identity ist eine Herausforderung, neue Formate und gemeinsame Veranstaltungen werden wichtiger.

Doch Unternehmen profitieren nicht nur davon, dass Mitarbeiter motivierter und produktiver sind, sie können auch ihre Büros flexibler nutzen, manche Unternehmen werden Flächen einsparen können oder im Fall einer Expansion nicht neue anmieten müssen. Darüber hinaus wird die Suche nach Fachkräften einfacher, da die Nähe zum Arbeitsplatz an Bedeutung verliert.

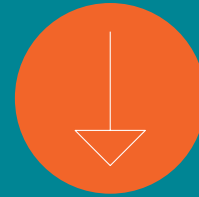
Ohnehin stellt sich die Frage, ob sich Unternehmen den Arbeitsplatzwünschen ihrer Mitarbeiter angesichts der großen Fachkräfteengpässe entziehen können, die sich noch verstärken werden – aufgrund der demografischen Entwicklung. Zu diesem Gedanken passt auch die folgende Entwicklung in den USA: Nachdem die US-Banken JP Morgan und Goldman Sachs ihre Beschäftigten in New York mit Nachdruck aufgefordert haben, wieder vollzählig ins Büro zurückzukehren, fangen die europäischen Banken am Standort New York nun an, den US-Banken Mitarbeiter mit der Aussicht auf mehr mobiles Arbeiten abzuwerben.

Pro und Kontra. In der Pandemie haben Firmen und Angestellte das Homeoffice schätzen gelernt. Doch sollten Mitarbeiter künftig weitgehend eigenverantwortlich darüber entscheiden, von wo sie arbeiten? Michael Voigtländer, Immobilienexperte und Kompetenzfeldleiter im IW, ist dafür; IW-Direktor Michael Hüther wirbt dagegen für die Rückbesinnung auf die Stärken der Bürogemeinschaft.

„Nein“,



sagt **Michael Hüther**,
Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft



Never waste a good crisis? An diesen Winston Churchill zugeordneten Spruch muss sich erinnert fühlen, wer die fast begeisterungsgetragene Forderung nach mehr Homeoffice oder gar einer Homeoffice-Pflicht vernimmt, die nach dem langen Lockdown und der politischen Aufforderung dazu nun in das neue Normal hinübergerettet werden soll. Vieles muss bedacht werden, was hier nur angedeutet werden kann.

Welche Bedeutung hat grundsätzlich das Unternehmen als Arbeitsort? Wir Ökonomen wissen, dass Innovationen – abgesehen vom Tüftler in der heimischen Garage – das physische Zusammentreffen von Menschen, ihr gemeinsames Denken und Fühlen inklusive kontroverser Diskussionen und Reibereien erfordern. Und zwar beiläufig wie organisiert. Die Reduzierung des Miteinanders auf feste Termine führt zu Verlusten – bei der Innovationskraft, bei der sozialen Bindung, bei der Reaktionsmöglichkeit des Arbeitgebers auf individuelle Krisen.

Was folgt aus umfangreichem und dazu noch völlig selbstbestimmtem Homeoffice für das betriebliche Miteinander? Vielfältige Spaltungspotenziale sind zu bedenken: zwischen Produktion und Verwaltung, zwischen experimentellen Aufgaben im Labor und Routine-tätigkeiten, zwischen vertraulicher Arbeit und jenen Tätigkeiten, für die das nicht gilt, sowie zwischen Führungskräften und Mitarbeitern. Belegschaftsgruppen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten sind vorstellbar.

Was bedeutet ein umfangreiches und selbstbestimmtes Homeoffice für die Steuerung im Unternehmen? Es

muss sehr viel stärker auf Ergebnisindikatoren mit laufendem Monitoring gesetzt werden, die Dokumentationsroutinen werden zunehmen. Denn was im Unternehmen durch das wiederholte, auch zufällige Gespräch an Wahrnehmung über die Arbeit der Kollegin oder des Mitarbeiters entsteht, das kann in einer Homeoffice-Welt nur durch formale Lösungen erreicht werden.

Und nicht zuletzt: Unternehmenskultur als informelle Steuerung, in der sich die impliziten Werthaltungen, Traditionen und Umgangsformen manifestieren, beruht auf dem Zusammensein am Arbeitsort, auf dem Erleben des anderen in all seinen Dimensionen. Findet dies nur noch organisiert über Feiern und Ausflüge statt, dann kann es die traditionelle Bedeutung nicht mehr erhalten. Fluide Belegschaften erlangen ihre Identität dann auch nicht über eine Feierkultur, sondern nur über eine Unternehmenskultur, die Freud und Leid, Kooperation und Konflikt zu adressieren vermag.

Nun geht es nicht darum, das Homeoffice zu verdammen, aber doch darum, den Preis zu erkennen, wenn man dabei Maß und Mitte aus dem Auge verliert. Mobiles Arbeiten verschafft dem gehetzten Menschen unserer Zeit Flexibilität, doch Stabilität und Orientierung, die dieser genauso benötigt, erfährt er in geordneten sozialen, zeitlichen und räumlichen Strukturen. Unternehmen werden sich verändern, aber das wird nur gelingen, wenn klar ist, wo Arbeit primär stattfindet: nämlich im Unternehmen als Ort und nicht in der Privatheit. Dann kann das Unternehmen eher zum Erlebnisort werden und damit seine nicht kompensierbaren Funktionen stärken.

Daumen hoch

IW-Konjunkturumfrage. Nach vielen Rückschlägen im Zuge der Corona-Pandemie sind die Unternehmen in Deutschland inzwischen wieder in deutlich besserer Verfassung. Auch die Aussichten sind überwiegend positiv – mit einigen Abstufungen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen.

Abhaken kann die deutsche Wirtschaft die Corona-Pandemie noch nicht. Nach wie vor gelangen wichtige Vorleistungen aufgrund globaler Logistikprobleme nur verzögert oder gar nicht zu den Unternehmen (siehe iwd 12/2021). Und es bleibt abzuwarten, ob neue Virusmutationen trotz der fortschreitenden Impfkampagne zu neuen Infektionswellen führen, die auch die deutsche Wirtschaft erneut ausbremsen. Fürs Erste jedoch stehen die Zeichen auf Erholung, wie die aktuelle Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt (Grafik):

Aktuell geben 46 Prozent der vom IW befragten Firmen an, dass ihre Produktionslage besser ist als vor einem Jahr – nur 19 Prozent

sagen, die Situation habe sich verschlechtert.

Bei der vorangegangenen Umfrage im Frühjahr lag der Anteil der positiven Meldungen noch um 6 Prozentpunkte unter dem der negativen Lageberichte.

Auch mit Blick auf die Investitionen und die Beschäftigung halten die Unternehmen mittlerweile überwiegend die Daumen hoch. Die deutliche Verbesserung gegenüber der IW-Umfrage vom Frühjahr dürfte nicht zuletzt mit den unterschiedlichen staatlichen Rahmenbedingungen zusammenhängen, galt damals doch noch ein relativ strenger Lockdown.

Was den Blick nach vorn angeht, war die relative Mehrheit der Unternehmen zwar bereits im Frühjahr

2021 optimistisch, doch zuletzt haben sich die Perspektiven für den weiteren Jahresverlauf noch aufgehellt:

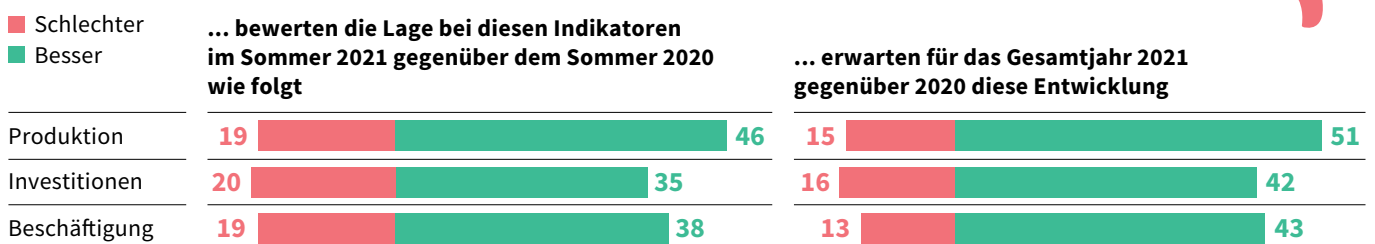
Während im Frühjahr knapp 40 Prozent der Unternehmen für 2021 eine höhere Produktion als 2020 erwarteten, sind es mittlerweile 51 Prozent.

Lediglich 15 Prozent der befragten Betriebe gehen davon aus, dass ihre Fertigung unter dem Niveau von 2020 liegen wird – zum Zeitpunkt der Frühjahrsumfrage rechneten noch 24 Prozent mit einem solchen Negativtrend.

Generell hat sich das Wirtschaftsklima in allen Branchen verbessert – allerdings in unterschiedlichem Maße, wie ein detaillierterer Blick auf die einzelnen Indikatoren verdeutlicht (Grafik Seite 7):

IW-Konjunkturumfrage: Unternehmen sind wieder zuversichtlich

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...



Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 2.041 Unternehmen im Juni 2021

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

• **Produktion.** Hier ist die Industrie besonders optimistisch:

59 Prozent der Industriefirmen gehen davon aus, dass ihre Produktionsleistung im Jahr 2021 jene des Vorjahres übertreffen wird, nur 13 Prozent erwarten einen sinkenden Output.

Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen hat sich gegenüber dem Frühjahr nahezu verdoppelt. Bemerkenswert ist auch, dass Grundstoff-, Investitionsgüter- und Konsumgüterhersteller gleichermaßen zuversichtlich sind. Gestützt wird dies auch von den verbesserten Exportperspektiven – 44 Prozent der Industriebetriebe gehen für dieses Jahr von steigenden Ausfuhren aus, nur 13 Prozent befürchten einen Rückgang.

Die meisten Unternehmen des Dienstleistungssektors rechnen inzwischen ebenfalls wieder mit besseren Geschäften im laufenden Jahr – wobei zu berücksichtigen ist, dass in vielen Sparten über Monate hinweg erhebliche coronabedingte Einschränkungen galten.

In der Bauwirtschaft hat sich seit dem Frühjahr zwar ebenfalls der Anteil der Firmen mit positiven Erwartungen erhöht, aber auch jener der skeptischen Firmen. Der Saldo beträgt hier lediglich 12 Prozentpunkte. Die verhaltenen Einschätzungen dürften zum einen die weniger schlechte Ausgangslage im vergangenen Jahr widerspiegeln, zum anderen aber auch die Sorge vor Engpässen bei Materiallieferungen.

• **Investitionen.** Auch hier unterscheiden sich Industrie und Dienstleister in ihrer Erwartungshaltung kaum – 44 beziehungsweise 45 Prozent der Unternehmen wollen in diesem Jahr mehr investieren als 2020, nur 17 respektive 16 Prozent planen niedrigere Ausgaben. Wiederum zeigt sich das Baugewerbe zurückhaltender, wobei die Investi-

tionstätigkeit in dieser Branche im vergangenen Jahr auch weniger gelitten hat als in den anderen Wirtschaftszweigen.

• **Beschäftigung.** Jedes zweite Unternehmen im Servicesektor plant, 2021 die Mitarbeiterzahl zu erhöhen – keine andere Branche meldet einen so hohen Wert. Allerdings ist auch dieser Befund vor dem Hintergrund der Pandemiefolgen zu betrachten, mussten doch im vergangenen Jahr viele Dienstleistungsbetriebe ihre Türen schließen. Die Folge:

Von den gut 450.000 Arbeitsplätzen, die in Deutschland im Schnitt des Jahres 2020 gegenüber 2019 abgebaut wurden, entfielen mehr als 260.000 auf den Dienstleistungssektor.

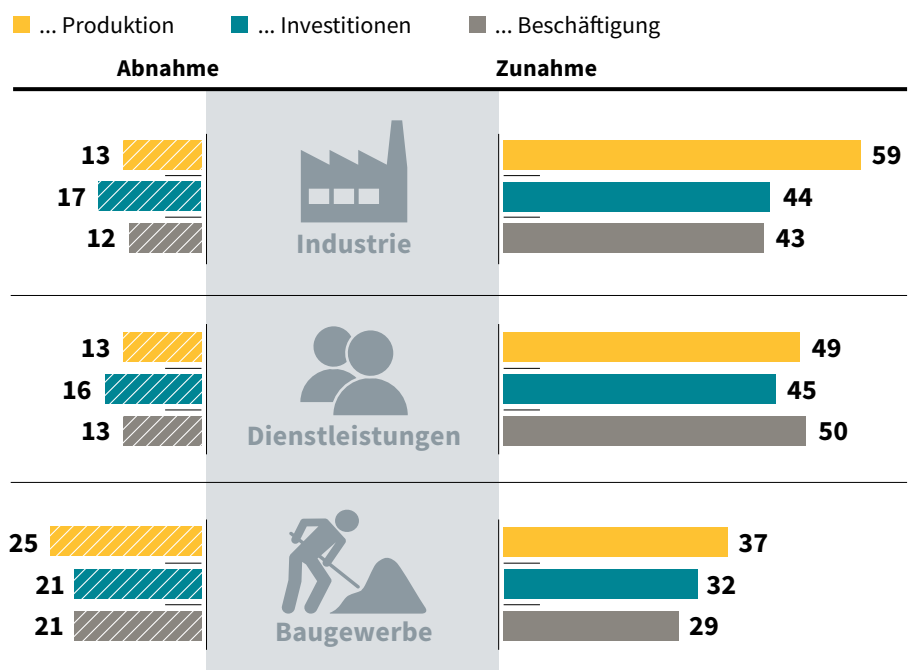
Entsprechend hoch ist bei den Dienstleistern der Nachholbedarf in Sachen Personal. Das offensichtlichste Beispiel ist wohl die Gastronomie: Mussten dort viele Servicekräfte, Köche etc. im vergangenen Jahr gehen, so stehen nun vor vielen Gastronomiebetrieben Schilder mit der Aufschrift „Mitarbeiter gesucht“.

IW-Report 24/2021

Michael Grömling: Unternehmen gehen mit Zuversicht in das zweite Halbjahr 2021 – IW-Konjunkturumfrage Sommer 2021
iwkoeln.de/konjunkturumfrage_s21

IW-Konjunkturumfrage: Optimismus in allen Branchen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Gesamtjahr 2021 gegenüber 2020 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend
 Befragung von 2.041 Unternehmen im Juni 2021

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Da ist der Wurm drin

Wälder in Deutschland. Der Klimawandel setzt den Wäldern weltweit zu. Wie das Ökosystem Wald am besten geschützt werden kann, darüber streiten die Experten. Eines ist allerdings klar: Während die positiven Effekte der Wälder unbestritten sind, scheint es unmöglich, die Interessen aller Waldnutzer in Einklang zu bringen – um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, genügt bereits der Blick auf Deutschland.

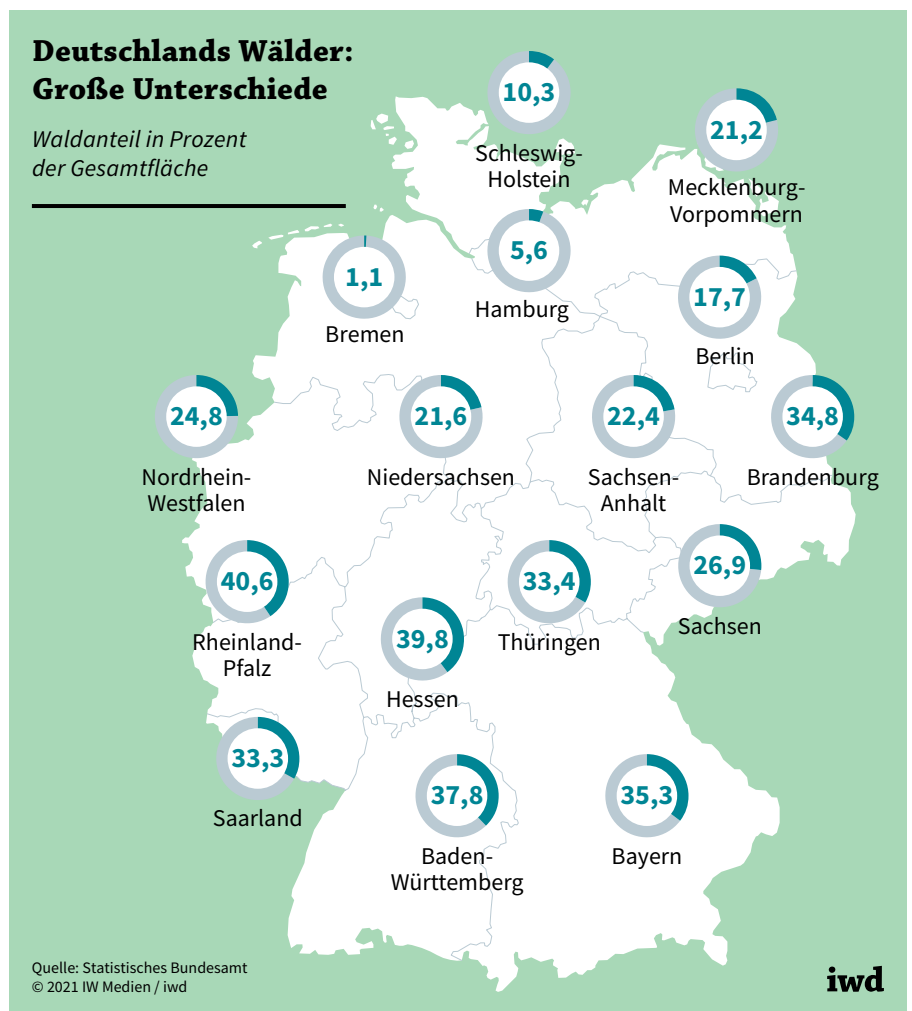
Ob der Hambacher Forst in Nordrhein-Westfalen oder ein Stückchen Wald in Grünheide bei Berlin: Wenn in Deutschland Wälder gerodet werden, weil dort Kohle abgebaut oder eine Fabrik entstehen soll, ist der Bevölkerungsprotest programmiert.

Tatsächlich sind die Interessen rund um das Thema Wald besonders vielschichtig. Und so gesehen ist es kein Wunder, wie schwer es fällt, sie unter einen Hut zu bringen.

Das fängt auf der einen Seite bei jenen an, die den Wald als Naherholungsgebiet nutzen. Ihnen stehen auf der anderen Seite die Forstwirte gegenüber, die vom Holz leben. Die einen sehnen sich nach unberührter Natur, die anderen profitieren von guten Wegen für ihre Nutzfahrzeuge.

Etwa 1,8 Millionen Personen in Deutschland sind aktuell Eigentümer von Privatwald.

Im Durchschnitt besitzt jeder von ihnen laut Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzverbände (AGDW) etwa 2,7 Hektar Land, was knapp vier Fußballfeldern entspricht. Etwas weniger als die Hälfte des Waldes in Deutschland ist in Privatbesitz, der Rest gehört dem Staat oder einer Körperschaft. Die Wälder – mit 106.600 Quadratkilometern bedecken sie fast 30 Prozent Deutschlands – sind allerdings nicht gleichmäßig verteilt (Grafik):



Mit einem Anteil von mehr als 40 Prozent ist Rheinland-Pfalz das walddreichste Bundesland – vor Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Am Ende des Rankings finden sich neben den drei Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin auch die

weiteren Bundesländer im Norden Deutschlands.

Doch egal, über wie viel Wald eine Region verfügt, der Zustand der Bäume ist überall vergleichbar:

Im Jahr 2020 wurden in Deutschland laut Statistischem Bundesamt rund 80,4 Millionen

Kubikmeter Holz geschlagen – ein Rekord. Drei Viertel davon waren allerdings sogenanntes Schadholz.

Vor allem Insektenbefall plagt die heimischen Bäume, ebenso die zunehmende Trockenheit, die wiederum den Befall begünstigt.

Der deutsche Wald leidet also unter dem Klimawandel, gleichzeitig ist er jedoch Teil der Lösung im Kampf gegen die Erderwärmung, wie es die AGDW ausdrückt. Denn der Wald trägt auf verschiedenen Ebenen zum Klimaschutz bei und reduziert Klimafolgen – weil er Kohlendioxid bindet, als Luft- und Wasserfilter fungiert und vor Erosion und Hochwasser schützt.

Gleichzeitig dient der Wald der menschlichen Erholung und hat eine erhebliche ökonomische Bedeutung:

Je Hektar bewirtschaftetem Wald liegt der Umsatz bei rund 16.000 Euro pro Jahr, zehn Hektar finanzieren einen Arbeitsplatz.

Das „Cluster Holz und Forst“ – dazu zählen auch das Verlags- und Druckgewerbe sowie Holz für die Bauwirtschaft – kam 2017 deutschlandweit auf einen Umsatz von fast 184 Milliarden Euro bei rund 1,1 Millionen Mitarbeitern. Die Forstwirtschaft selbst steuerte dazu allerdings nur 9 Prozent der Beschäftigten und 3 Prozent des Umsatzes bei.

In jüngster Zeit haben die Preise für Holz – vor allem im Bau – deutlich angezogen. Das liegt unter anderem daran, dass die USA und China 2020 die Weltmärkte leer kauften: Gut die Hälfte der aus Deutschland ausgeführten Kubikmeter Holz ging 2020 nach China.

Mengenmäßig wurden 2020 fast 43 Prozent mehr Holz aus Deutschland exportiert als ein Jahr zuvor. Anfang 2021 setzte sich dieser Trend allerdings nicht fort.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzverbände weist zudem darauf hin, dass ihre Mitglieder vom Holzboom bislang kaum profitieren. Zahlen des Statistischen Bundesamts untermauern diesen Befund (Grafik):

In den vergangenen Jahren sind die Preise für Rohholz fast immer gesunken – teils sogar erheblich.

Stattdessen konnten Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke die Marktlage nutzen und ihren Umsatz steigern.

Da überrascht es nicht, dass die Waldbesitzer ihren Beitrag zum

Klimaschutz anders honoriert sehen wollen, zumal der Klimawandel Veränderungen in der Forstwirtschaft unumgänglich macht.

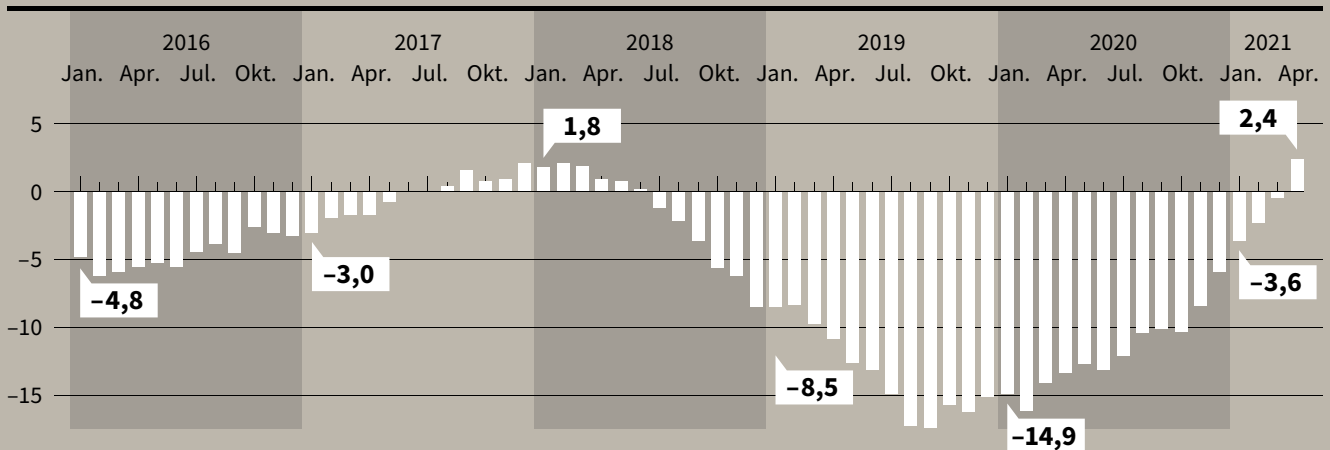
Wie genau diese Veränderungen aussehen sollen, ist allerdings umstritten: Die einen experimentieren mittlerweile mit neuen Baumarten, die auch unter den veränderten Witterungsbedingungen – vor allem mehr Hitze, größerer Trockenheit und häufigerem Starkregen – gedeihen.

Andere plädieren dafür, den Wald sich selbst zu überlassen, also ihn vorerst nicht zu bewirtschaften, um so herauszufinden, welche heimischen Pflanzen und Tiere sich unter den neuen klimatischen Gegebenheiten durchsetzen. Sie verweisen außerdem darauf, dass ein Wald, der nicht wie eine Plantage etwa mit Fichten-Monokulturen zur Holzproduktion optimiert ist, besonders gut zum Klimaschutz taugt.

Solch ein Sich-selbst-Überlassen des Waldes wäre allerdings kaum mit den ökonomischen Interessen der Forstwirtschaft zu vereinbaren. Um dies zu kompensieren, könnten Agrar-Fördertöpfe der Europäischen Union angezapft werden.

Holzpreis: Deutlich rückläufig

Um so viel Prozent hat sich der Erzeugerpreis für Rohholz in Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat verändert



Quelle: Statistisches Bundesamt © 2021 IW Medien / iwd

Ungeeignete Therapie

Bürgerversicherung. Politiker einiger Parteien fordern schon seit Längerem, die gesetzliche Krankenversicherung auf alle Bundesbürger auszuweiten. Doch eine IW-Simulation zeigt, dass eine solche Bürgerversicherung keineswegs solidarischer ist als das bisherige Modell. Vor allem aber hilft sie nicht, die demografiebedingten Herausforderungen in der Krankenversicherung zu bewältigen. Andere Reformschritte versprechen da mehr Erfolg.

Dass neben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für bestimmte Bevölkerungsgruppen in Deutschland auch eine private Versicherungsmöglichkeit existiert, sei ungerecht und unsolidarisch – so ist es immer wieder in öffentlichen Diskussionen zu hören. Manche Politiker machen sich daher stark für eine Bürgerversicherung.

Die Modelle, die die einzelnen Befürworter dabei im Blick haben, sind im Detail durchaus unterschiedlich. Grundsätzlich geht es allerdings vor allem darum, dass bisher privat Versicherte sowie beihilfeberechtigte

Beamte künftig in das System der GKV integriert werden.

Neben anderen offenen Fragen, die ein solcher Schritt aufwerfen würde – etwa jene, wie Übergangsregelungen für bislang privat Versicherte aussehen könnten –, ist vor allem zu klären, ob eine Bürgerversicherung tatsächlich solidarischer wäre.

Dazu wiederum muss klar sein, was man unter Solidarität in der Krankenversicherung versteht. Aus ökonomischer Sicht ist die heutige GKV solidarisch im engeren Sinn, weil die Versicherungsbeiträge nicht nach Alter und Geschlecht unter-

scheiden, sondern nach dem durchschnittlichen Krankheitsrisiko für alle kalkuliert sind. Damit leisten junge, gesunde Mitglieder der GKV einen Solidarbeitrag – sie zahlen mehr ein, als es ihr aktuelles altersbezogenes Versicherungsrisiko erfordern würde.

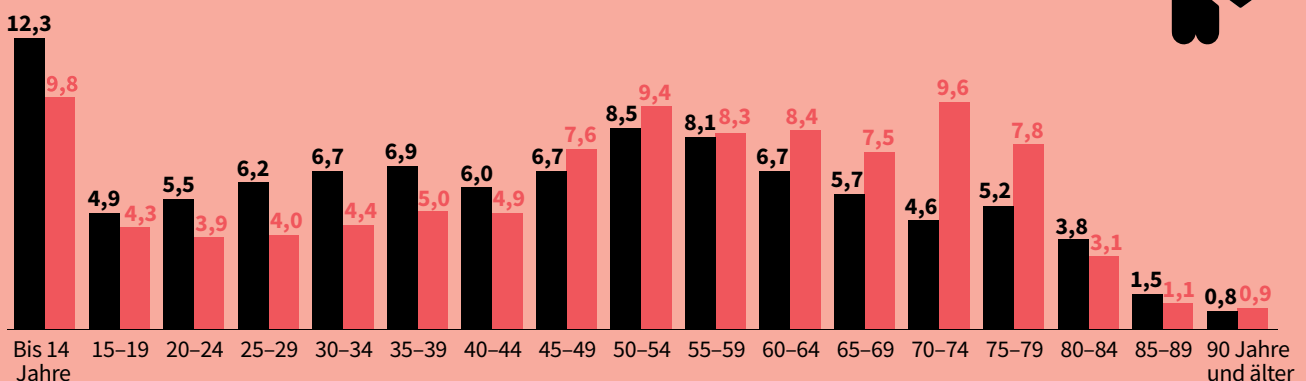
Zudem ist die GKV solidarisch im weiteren Sinn, weil sich die Beiträge nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Versicherten richten. Menschen mit höherem Einkommen zahlen höhere Beiträge als Geringverdiener – es findet also eine Umverteilung statt, die Einkommensunterschiede ausgleicht.

Privat Krankenversicherte sind älter

So viel Prozent der Versicherten in der ... Krankenversicherung gehörten im Jahr 2018 zu dieser Altersgruppe



■ ... gesetzlichen ■ ... privaten



Privat Krankenversicherte: einschließlich beihilfeberechtigter Beamter

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

Wie würde nun die Eingliederung der bisher privat Versicherten und beihilfeberechtigten Beamten die solidarischen Umverteilungen innerhalb der GKV verändern? Um diese Frage beantworten zu können, gilt es zunächst, auf die jeweilige Altersstruktur der Versicherten zu schauen. Diese unterscheidet sich deutlich (Grafik):

Die Altersklassen bis 45 Jahre sind in der GKV stärker besetzt als in der privaten Krankenversicherung, die Älteren sind dagegen im privaten Versicherungssystem meist stärker vertreten – vor allem die 70- bis 79-Jährigen.

Dies überrascht insofern nicht, als Angestellte erst mit höherem Einkommen – das zumeist erst nach einigen erfolgreichen Berufsjahren erzielt wird – in die private Krankenversicherung wechseln können.

Damit dürften die bisher privat Versicherten zwar einerseits relativ hohe Beiträge zahlen, wenn sie in die Bürgerversicherung eingegliedert werden – im Jahr 2018 erzielten sie im Schnitt ein monatliches Bruttoentgelt aus Erwerbstätigkeit von 5.029 Euro. Die GKV-Versicherten kamen nur auf 2.540 Euro.

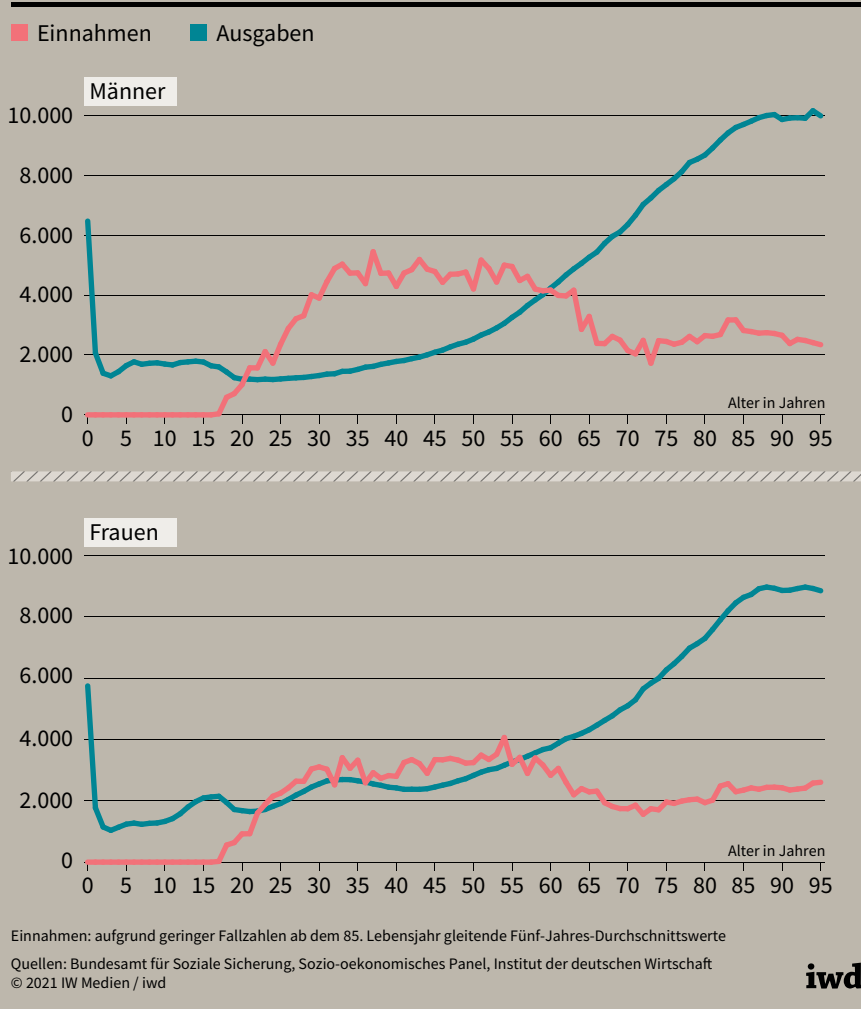
Andererseits spricht die unterschiedliche Altersstruktur nicht unbedingt dafür, dass die Privatversicherten grundsätzlich „gute Risiken“ darstellen und somit die GKV-Versicherten entlasten könnten. Denn es sind nun mal vor allem jüngere Versicherte, deren Beiträge höher sind als ihre Leistungsansprüche, wie die Daten für die GKV zeigen (Grafik):

Männliche Versicherte zwischen 21 und 59 Jahren zahlen mehr in die gesetzliche Krankenversicherung ein, als sie im Schnitt an Leistungen beanspruchen. Bei den Frauen gilt dies für die 23- bis 54-Jährigen.

Weil mit der Bürgerversicherung vor allem ältere Privatversicherte in

Gesetzliche Krankenversicherung: Geben und Nehmen

Durchschnittliche Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung je versicherter Person im Jahr 2018 in Euro



die GKV integriert würden, könnte sich dort die Risikobilanz verschlechtern. Allerdings legen empirische Befunde nahe, dass privat versicherte und beihilfeberechtigte Personen vor allem im erwerbsfähigen Alter systematisch weniger Leistungen ihrer Krankenversicherung benötigen als gesetzlich Versicherte der gleichen Altersklassen.

Was dies unterm Strich für die Einführung einer Bürgerversicherung bedeutet, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Simulation berechnet. Darin wurden auf Basis der vorliegenden GKV-Daten die Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben sowie deren

Aufteilung auf Nettozahler und Nettoempfänger ermittelt. Das Ergebnis (Grafik):

In einer Bürgerversicherung wäre der Anteil der Nettozahler mit 39,9 Prozent kaum höher als in der bisherigen GKV mit 39,1 Prozent.

Vor allem aber bliebe der Wunsch nach mehr Solidarität innerhalb der Versichertengemeinschaft insofern unerfüllt, als die Umverteilung von Nettozahlern zu Nettoempfängern nicht zunehmen würde:

Die Solidarbeiträge – das sind die Beiträge der Nettozahler abzüglich der auf sie entfallenden Ausgaben – würden in einer Bürgerversicherung 36,3 Prozent

der Gesamtausgaben betragen. Das wären sogar 0,3 Prozentpunkte weniger als in der heutigen GKV.

Allerdings würde der Beitragssatz – der so kalkuliert sein muss, dass sich Einnahmen und Ausgaben (unter Beibehaltung des bisherigen Bundeszuschusses) decken – um rund 1 Prozentpunkt auf knapp 14,6 Prozent sinken. Die derzeit gesetzlich Versicherten würden entsprechend finanziell entlastet.

Doch selbst die Freude darüber dürfte nur kurz währen. Denn schon

seit Jahren wachsen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung stärker als die beitragspflichtigen Einkommen der GKV-Mitglieder. Das treibt die Beitragssätze in die Höhe und somit dürfte von einer Beitragssatzsenkung, die mit der Umstellung auf eine Bürgerversicherung möglich würde, nach spätestens sechs Jahren nichts mehr übrig sein.

Vor allem aber löst die Ausweitung der GKV auf alle Bürger nicht das Problem, dass die umlagefinan-

zierte Krankenversicherung immer stärker unter Druck gerät, weil die Bevölkerung altert. Immer weniger junge, erwerbstätige Versicherte müssen die Solidarbeiträge für immer mehr Ältere aufbringen. Zwar sorgt das einkommensbezogene, risikounabhängige Beitragssystem dafür, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt immer ein Ausgleich zwischen Jung und Alt vorgenommen wird. Doch die Umverteilung gelingt in einer alternden Versicherungsgemeinschaft nur zulasten der nachwachsenden Generationen. Was zu einem bestimmten Zeitpunkt solidarisch erscheint, widerspricht auf Dauer der intergenerativen Solidarität.

Das Modell der Bürgerversicherung kann dieses Problem nicht lösen, weil es den Ausgabenanstieg nicht zu bremsen vermag. Auf Dauer dürfte damit die Zustimmung jüngerer Generationen zu einem solchen umlagefinanzierten Krankenversicherungsmodell schwinden.

Um den Trend zu einer immer stärkeren intergenerativen Lastenverschiebung zu durchbrechen, bietet es sich stattdessen an, eine zusätzliche Säule in die bestehende gesetzliche Krankenversicherung einzubauen, die auf kapitalgedeckt finanzierter Vorsorge basiert. Indem die Versicherten für einen Teil der Leistungen, die sie in späteren Jahren voraussichtlich in Anspruch nehmen müssen, selbst vorsorgen, werden weniger Lasten auf nachfolgende Versichertenjahrgänge abgewälzt.

Bürgerversicherung: Kein Schritt zu mehr Solidarität

Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und Bürgerversicherung im Simulationsvergleich

	GKV (Status quo)	Bürgerversicherung
Anteil der ... in Prozent		
... Nettozahler	39,1	39,9
... Nettoempfänger	60,9	60,2
Beitragseinnahmen in Milliarden Euro		
Nettozahler	157,6	178,0
Nettoempfänger	58,1	65,8
Insgesamt	215,7	243,8
Ausgaben in Milliarden Euro		
Nettozahler	69,9	79,7
Nettoempfänger	169,6	191,1
Insgesamt	239,5	270,8
Solidarbeiträge in Prozent der gesamten Ausgaben		
	36,6	36,3
Ausgabenneutraler allgemeiner Beitragssatz in Prozent		
	15,6	14,58

Simulationsrechnung auf der Basis der Ist- beziehungsweise Paneldaten für das Jahr 2018; Bürgerversicherung: GKV-Pflichtversicherung wird auf die gesamte Bevölkerung ausgeweitet, also auf bisher privat Versicherte und beihilfeberechtigte Beamte. Dabei wird unterstellt, dass die bislang nicht gesetzlich versicherten Personen bis zu einem Alter von 70 Jahren niedrigere Leistungsausgaben verursachen als GKV-Bestandsversicherte; Nettozahler (Nettoempfänger): GKV-Beiträge sind höher (niedriger) als die jeweiligen alters- und geschlechtsspezifischen Durchschnittsausgaben; Beitragseinnahmen: ohne Bundeszuschuss, der die Differenz zu den Ausgaben ausgleicht (bis auf einen Schätzfehler, der in der Simulation für beide Szenarien konstant gehalten wird); Solidarbeiträge: Beitragseinnahmen der Nettozahler abzüglich der auf sie entfallenden Ausgaben; Ausgabenneutraler Beitragssatz: Im GKV-Szenario ist dies der allgemeine Beitragssatz zuzüglich der durchschnittlichen kassenindividuellen Zusatzbeiträge; im Szenario der Bürgerversicherung stellt der ermittelte Satz sicher, dass bei unverändertem Steuerzuschuss das Beitragsaufkommen den unterstellten Gesamtausgaben entspricht.

Quellen: Bundesamt für Soziale Sicherung, Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

IW-Analysen Nr. 143

Martin Beznoska, Jochen Pimpertz, Maximilian Stockhausen: Führt eine Bürgerversicherung zu mehr Solidarität? Eine Vermessung des Solidaritätsprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung
iwkoeln.de/buergerversicherung

Wo die Risiken lauern

Unternehmen. Von der globalen Finanzmarktkrise über den Handelsstreit zwischen den USA und China bis hin zum Brexit – die schwer kalkulierbaren Unsicherheiten für deutsche Unternehmen nehmen schon seit Jahren stetig zu. Ähnlich und aus heiterem Himmel hat auch die Corona-Pandemie eingeschlagen und die globale Wirtschaft ins Trudeln gebracht. Im Rahmen einer neuen Studie für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat das IW Unternehmen in Bayern zu den größten Risiken für ihre Geschäftsabläufe befragt.

Zwar sind die meisten Unternehmen erprobt darin, tagtäglich den Risiken für ihre Geschäftsabläufe zu begegnen und flexibel auf die damit verbundenen Herausforderungen zu reagieren. Dennoch haben die coronabedingten Lockdowns, Lieferengpässe und Notbremsen der vergangenen Monate vielen Unternehmen vor Augen geführt, dass ihre Fähigkeit, Risiken zu tragen, begrenzt ist.

Die gegenwärtige Pandemie, aber auch die Angst vor künftigen Ausbrüchen, bereitet den Unternehmen derzeit die größten Kopfschmerzen, wie eine Befragung von Unternehmen aus Bayern verdeutlicht (Grafik Seite 14):

Pandemien werden von 42 Prozent der bayerischen Unternehmen als hohes Risiko für ihre Geschäftsabläufe eingestuft.

Weitere 37 Prozent sehen darin ein geringes Risiko. Dauerhafte Gegenmaßnahmen haben bislang nur 8 Prozent der Unternehmen ergriffen, wohl in der Erwartung, dass die Pandemiefolgen bald überwunden sind. Immerhin hat mehr als ein Drittel der Firmen temporäre Maßnahmen eingeleitet.

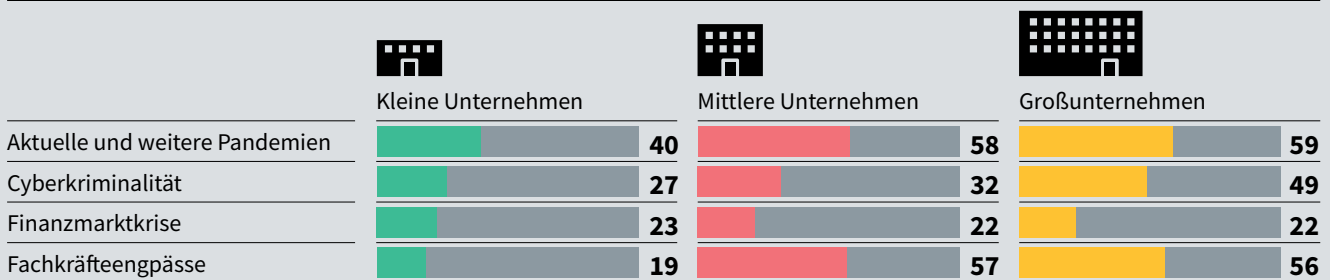
Ganz anders agieren die meisten Unternehmen bei der Cyberkriminalität, die auf Platz zwei der größten Risiken rangiert. Darunter fallen beispielsweise Datendiebstahl oder Cyberattacken, die den ganzen

Betrieb lahmlegen können. Angriffe wie diese werden zwar nur von 27 Prozent der Unternehmen als hohes Risiko eingestuft, blickt man aber auf die Summe aus hohem und geringem Risiko, liegt dieser Faktor in der gesamten Risikobewertung fast gleichauf mit der Sorge vor Pandemien. Rund 62 Prozent der Unternehmen haben denn auch dauerhafte oder strategische Maßnahmen gegen die Cyberrisiken ergriffen. Maßnahmen gegen Cyberkriminalität lassen sich von Firmen leichter umsetzen, da sie sich gegen die individuellen Schwachstellen im Unternehmen richten.

Fortsetzung

Risikobewertung nach Unternehmensgröße

So viel Prozent der bayerischen Unternehmen sehen in folgenden Faktoren ein hohes Risiko für ihre Geschäftsabläufe



Top 4 der Risiken; Rest zu 100: geringes oder kein Risiko
 Befragung von rund 300 Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund im Februar und März 2021
 Kleine Unternehmen: bis 49 Beschäftigte; Großunternehmen: ab 250 Beschäftigte

Quelle: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Das dritthöchste Risiko stellt eine neuerliche Finanzmarktkrise dar, worunter auch eine zu hohe Staatsverschuldung und inflationsbedingt steigende Zinsen fallen. Mehr als zwei Drittel der bayerischen Unternehmen sehen darin eine allgemeine Gefahr für ihre Geschäftsabläufe. Aber nur gut ein Viertel hat Gegenmaßnahmen ergriffen – was auch daran liegt, dass sich dieses Risiko

schwer auf betrieblicher Ebene abmildern lässt.

Die Sorge vor einer Finanzmarktkrise treibt heute mehr Unternehmen um als noch vor zwei Jahren – 14 Prozent der Unternehmen stufen dieses Risiko im Jahr 2019 als hoch ein, 2021 waren es 23 Prozent.

Auch der Anteil der Unternehmen, die die Cyberkriminalität als

hohes Risiko bewerten, hat sich gegenüber 2019 um 5 Prozentpunkte erhöht – bezüglich der Verschlechterung der hiesigen Standortbedingungen legte der Anteil um 4 Prozentpunkte zu. An Relevanz verloren hat die Klima- und Umweltpolitik, die 2019 noch von 21 Prozent der bayerischen Unternehmen als hohes Risiko eingestuft wurde, 2021 aber nur noch von 14 Prozent.

Wie die Unternehmen diese Unsicherheiten bewerten, hängt aber auch stark von ihrer Größe ab (Grafik Seite 13):

Größere und mittlere Firmen treibt zum Beispiel die Sorge vor Fachkräftengpässen fast genauso stark um wie der Risikofaktor Pandemie.

Bei kleinen Unternehmen, die weniger als 50 Mitarbeiter haben, rangiert dieses Thema mit deutlichem Abstand auf Rang vier. Für sie spielen Cyberrisiken und die Sorge vor einer Finanzmarktkrise eine größere Rolle.

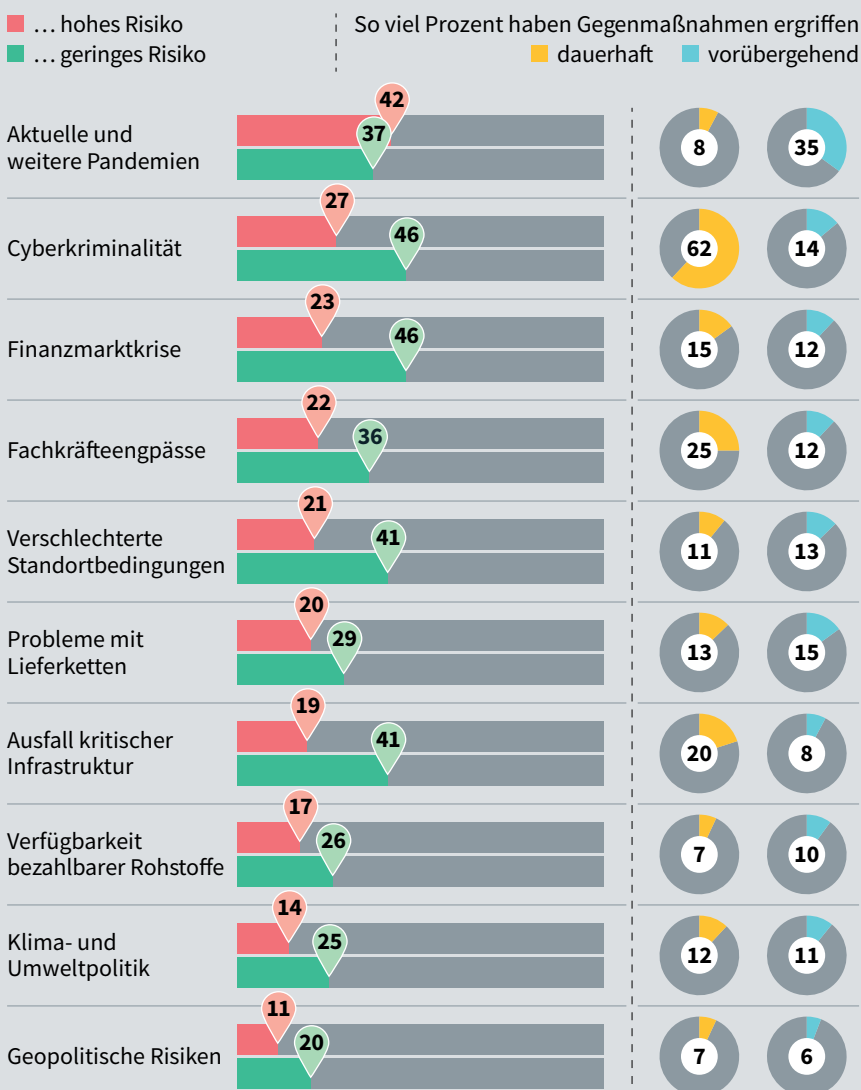
Generell gilt: Größere Firmen sind deutlich risikosensibler als kleine. Das deutet auf mögliche Mängel im Risikomanagement bei kleinen Unternehmen hin, die im Tagesgeschäft dafür weniger Kapazitäten haben. Ein gutes unternehmerisches Risikomanagement kann Gefahren aber mindern und Schäden vorbeugen. Die wichtigsten Punkte hat das Institut der deutschen Wirtschaft zusammengefasst:

Vermeiden von eigenen Fehlerquellen. Im Unternehmen selbst gibt es zahlreiche Gefahren, die durch ein gutes Management vermieden werden können. Darunter fallen zum Beispiel Mängel bei der internen IT-Sicherheit oder eine zu hohe Verschuldung, die im Krisenfall finanzielle Handlungsspielräume einengt.

Investitionen zurückstellen. Dies ist nötig, wenn der Erfolg bestimmter Investitionen durch

Unternehmen: Wo Risiken drohen

Nach Ansicht von so viel Prozent der bayerischen Unternehmen stellen folgende Faktoren ein ... für ihre Geschäftsabläufe dar



Top 10 der Risiken
Befragung von rund 300 bayerischen Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund im Februar und März 2021
Rest zu 100: kein Risiko

Quelle: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

konkrete Risiken gefährdet wird. Die Zurückstellung sollte aber auch nur so lange andauern, bis eine bessere Risikoeinschätzung möglich ist, wie es zum Beispiel nach dem Vollzug des Brexits und dem neuen Abkommen mit der EU der Fall war.

Risikodiversifizierung. Nach der bekannten Börsenweisheit sollten Anleger nicht „alle Eier in einen Korb legen“, sondern auf verschiedene Aktien setzen. Das gilt insbesondere mit Blick auf den Protektionismus oder für Probleme in Lieferketten und beim Rohstoffimport: Eine Diversifizierung der internationalen Absatzmärkte oder Bezugsländer mindert die Abhängigkeiten im Vergleich zu einer Konzentration auf wenige oder gar nur einzelne Märkte und Lieferländer.

Auch zur Vorsorge gegen eine Finanzmarktkrise, die die eigene Hausbank in Schwierigkeiten bringen kann, sollten Unternehmer breitere Geschäftsbeziehungen zu mehreren Finanzinstituten aufbauen, um die eigene Kreditversorgung zu sichern.

Der Gefahr von Pandemien vorbeugen. Eine Pandemie gilt – wie auch schon die globale Finanzmarktkrise – als sogenannter „schwarzer Schwan“, also als ein sehr unwahrscheinliches Ereignis mit großem Schadenspotenzial. In der bislang letzten Risikoanalyse der Bundesregierung im Jahr 2012 wurde dargestellt, dass mit einer Pandemie in der Regel einmal in einem Zeitraum von 100 bis 1.000 Jahren zu rechnen ist. Doch die aktuelle Lage zeigt, dass eine solche Krise schneller eintreten kann als erwartet.

Mit Blick auf künftige Pandemien sollten Unternehmer deswegen die

Erfahrungen aus der Krise evaluieren und daraus passgenaue Notfallkonzepte und Kommunikationsstrategien entwickeln:

Maßnahmen zur Schadensminimierung sollten sich vor allem auf die Infektionseindämmung am Arbeitsplatz und die Sicherung von Geschäftsabläufen konzentrieren.

Störungen in Lieferketten können, wie die vergangenen Monate gezeigt haben, schlimmstenfalls ganze Produktionsabläufe lahmlegen. Die Ursachen dafür liegen auch in geopolitischen Konflikten. Unternehmen sollten deswegen die eigene Verwundbarkeit in ihren Zuliefererstrukturen identifizieren und zusätzliche Lagerkapazitäten aufbauen.

Zudem können Lieferstrukturen besser diversifiziert werden, je nach Risikolage global, regional oder national. Sensible Rohstoffe lassen sich möglicherweise durch Recycling teilweise ersetzen. Im Extremfall könnten Unternehmen bei besonders wichtigen Vorleistungen auch Produktionsstätten zurück ins Inland holen oder gar an Eigenproduktion denken.

Allerdings gilt auch: Je stärker solche Entscheidungen die internationale Arbeitsteilung und die Spezialisierung in der Lieferkette verringern, desto höher dürften auch die Kosten ausfallen.

Gefragt ist deswegen auch der Staat. Gerade in den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, wie wichtig die stützende Rolle des Staates in Zeiten einer tiefen Krise für die Wirtschaft ist. Dabei darf die staatliche Leistungsfähigkeit aber auch nicht überfordert und es dürfen nicht Risiken auf die Politik übertra-

gen werden, die Unternehmen besser managen können.

Neben einer verlässlichen Wirtschaftspolitik sollte es dem Staat daher vor allem darum gehen, jene Risiken zu verringern, bei denen der Handlungsspielraum von Unternehmen begrenzt ist.

Das gilt neben den Risiken Pandemie und Finanzmarktkrise ganz besonders für den Protektionismus, Wettbewerbsverzerrungen durch Drittstaaten wie China sowie den eingeschränkten Zugang zu Rohstoffen und die Schwächen des eigenen Standorts.

Zudem sollten die Unternehmen, die auch nach der Corona-Krise erheblichen Unsicherheiten ausgesetzt bleiben, nicht zusätzlich belastet werden. Das gilt sowohl für finanzielle Lasten wie Steuererhöhungen als auch für neue bürokratische Anforderungen wie zum Beispiel sehr aufwendige Überwachungspflichten bei den Lieferketten oder nationale Alleingänge in der Klimaschutzpolitik.

Stattdessen ist es wichtig, die Standort- und Rahmenbedingungen zu verbessern: Dies kann zum Beispiel durch Steuererleichterungen, innovationsorientierte Investitionen und entschlackte Genehmigungsverfahren im Infrastrukturausbau erfolgen.

Gutachten

Michael Grömling, Galina Kolev, Jürgen Matthes, Benedikt Rüchardt: Internationale Risiken für bayerische Unternehmen, Gutachten für die bwv – Vereinigung der bayerischen Wirtschaft iwkoeln.de/risiken-bayerische-unternehmen

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

Prozent: So hoch war das chinesische Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2020. Der Euroraum dagegen verlor im ersten Jahr der Pandemie 6,7 Prozent seiner Wirtschaftsleistung, Deutschland kam auf ein Minus von 5,1 und die USA standen mit minus 3,5 Prozent nur unwesentlich besser da.

Allerdings gilt es bei der Bewertung dieser Zahlen zweierlei zu berücksichtigen: Erstens hat die Pandemie Länder zu verschiedenen Zeiten und unterschiedlich stark getroffen, zudem haben die jeweiligen Regierungen individuelle Wege durch die Krise gesucht, beispielsweise mit Blick auf Konjunkturmaßnahmen – was sich in der BIP-Entwicklung widerspiegelt.

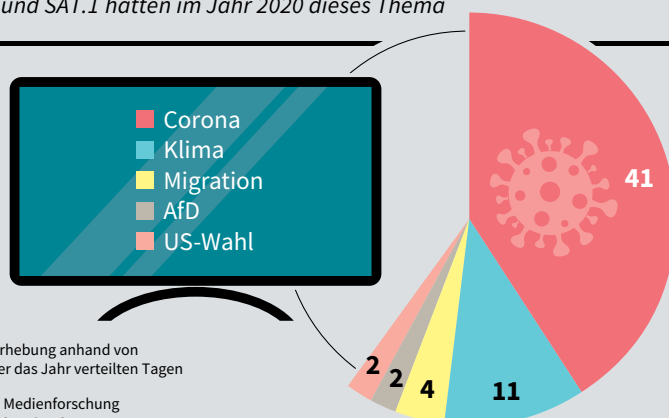
Zweitens ist China trotz Wirtschaftswachstum keinesfalls besonders glimpflich durch das erste Jahr der Krise gekommen: Berechnungen des IW weisen für das Reich der Mitte von 1999 bis 2019 ein jahresdurchschnittliches Plus von 9 Prozent aus. Chinas Wachstum musste durch das Coronavirus also beispielsweise mehr Federn lassen als das BIP-Wachstum der USA, das in den Vorjahren im Schnitt nur 2,1 Prozent betrug.

Top-Liste: Corona auf allen Kanälen

Corona – im vergangenen Jahr kam das Virus aus dem Nichts und mit ihm eine völlig neuartige, globale Bedrohung. Da ist es nachvollziehbar, dass es die Pandemie in den Informationsangeboten von ARD, ZDF, RTL und SAT.1 im Jahr 2020 auf 41 Prozent der Sendezeit gebracht hat. Zum Vergleich: Auf Platz zwei folgte die Klima-Berichterstattung mit gerade einmal 11 Prozent, also nur etwas mehr als einem Viertel der Corona-Sendezeit. Das zeigt eine neue Analyse der GöfaK Medienforschung, die dafür 28 über das Jahr verteilte Stichprobentage – zusammengefasst zu vier künstlichen Programmwochen – ausgewertet hat. In der detaillierten Betrachtung dieser 28 Tage wird deutlich, dass die Sendezeit mit Corona-Themen eng an den Pandemieverlauf gekoppelt war: An deren Anfang im März und April 2020 sowie in Zeiten schärferer Beschränkungen wurde noch mehr über das Virus berichtet, als es in den Phasen mit niedriger Inzidenz ohnehin der Fall war.

TV-Informationssendungen: Corona dominiert

So viel Prozent der Sendezeit der journalistischen Informationssendungen von ARD, ZDF, RTL und SAT.1 hatten im Jahr 2020 dieses Thema



Stichprobenerhebung anhand von 28 zufällig über das Jahr verteilten Tagen

Quelle: GöfaK Medienforschung
© 2021 IW Medien / iwd

iwd